

Protokoll des Gemeinderates Lommiswil

3. Sitzung vom Donnerstag, 22. Februar 2024, 19:00 bis 23:27 Uhr, Gemeindeverwaltung (grosses Sitzungszimmer)

Vorsitz	Tillessen-Müller Daniela, Gemeindepräsidentin
Anwesende Mitglieder	Fröhli Nico, Gemeinderat Schmid Kuno, Gemeinderat Schmid Rezia, Gemeinderätin Arni Andy, Ersatzgemeinderat
Entschuldigt	Eichberger-Gradwohl Roswitha, Vizepräsidentin Weibel Christoph, Gemeinderat Zimmermann Pascal, Gemeinderat
Protokoll	Begert Cornelia, Gemeindeverwalterin
Gäste	Affolter Urs Paul, Ausschuss Finanzen (bis 20.45 Uhr) Froelicher Jürg, Ausschuss Finanzen (bis 20.45 Uhr) Pfeiffer Klaus, Ausschuss Finanzen (bis 20.45 Uhr)

Traktandenliste

	Zuständig
1 Finanzausschuss Austausch mit Ausschuss Finanzen weiteres Vorgehen	gp
2 Protokollgenehmigung Protokollgenehmigung letzte Sitzung Genehmigung	
3 unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit Beschluss	rs
4 Ortsplanungsrevision / OPR Nachtragskredit OPR Genehmigung	gp
5 Umrüstung LED Strassenbeleuchtung Nachtragskredit Sanierung LED-Strassenbeleuchtung Beschluss	pz / gp

- | | | |
|----|--|---------|
| 6 | Weiteres Vorgehen Organisation Bauwesen / Werke
Nachtragskredit Bauwesen
Beschluss | rs |
| 7 | Teilrevision Baureglement
Bildung Arbeitsgruppe Überarbeitung Grundeigentümergebührenreg-
lement
Genehmigung | rs / gp |
| 8 | Mehrwertsteuer (MWST)
Abklärung der MWST-Pflicht
Beschluss | gv |
| 9 | Nachtragskredite 2023
Nachtragskredite der Erfolgsrechnung 2023
Genehmigung | gp / gv |
| 10 | Verwaltungsorganisation / Personelles
Stelleninserat techn. Dienst und Nachtragskredit
Genehmigung | pz |
| 11 | unter Ausschluss der Öffentlichkeit
unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Genehmigung | gp / gv |
| 12 | unter Ausschluss der Öffentlichkeit
unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Beschluss | gp |
| 13 | unter Ausschluss der Öffentlichkeit
unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Information | gv |
| 14 | unter Ausschluss der Öffentlichkeit
unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Beschluss | gp / gv |
| 15 | Mitteilungen Gemeinderat
Mitteilungen und Verschiedenes
Information | |

Traktandenliste

Erwägungen

Cornelia Begert teilt mit, dass der Gemeinderat im Beschwerdefall für die unter Ausschluss gestellten Traktanden alleine verantwortlich ist. Heute empfehle ich das Traktandum 3 nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten.

Daniela Tillessen teilt mit, dass Rezia Schmid und sie nach wie vor der Meinung sind, dieses Thema unter Ausschluss abzuhalten.

Daniela Tillessen beantragt, das Traktandum 10 aufgrund der Unvollständigkeit zu streichen.

Beschluss

Die Traktandenliste mit der Änderung betreffend der Streichung vom Traktandum 10 wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

Verhandlungen

012.8.010 Kommissionen (sofern nicht in anderer funktionalen Zuordnung), Mitglieder

1

Finanzausschuss

Austausch mit Ausschuss Finanzen

Austausch

Urs Paul Affolter bedankt sich beim Gemeinderat dafür, dass der Ausschuss Finanzen eine Plattform erhält die gegenseitigen Erwartungshaltungen abzuholen. Der Ausschuss Finanzen habe einen Dienstleistungsauftrag und keine Weisungsbefugnis. Es gehe um eine Beratung und keine Kritik. Aus Fehlern solle man Lernen. Der Ausschuss Finanzen soll eine Unterstützung für die Gemeindeverwalterin und die Gemeindepräsidentin sein und zwar z.B. im Budgetprozess etc. Der Ausschuss Finanzen würde gerne die Inputs und die Erwartungshaltung des Gemeinderates abholen. Empfehlungen werden vom Ausschuss Finanzen gemacht, entscheiden muss der Gemeinderat.

Daniela Tillessen wünscht, dass Cornelia Begert und sie sich zurückhalten, da die beiden mit Ausschuss Finanzen bereits Kontakt hatten.

Nico Fröhli teilt mit, dass er den Ausschuss Finanzen als Fachgremium sieht. Es geht ihm darum, den Finanzhaushalt so gut wie möglich führen zu können. Im Gemeinderat würden seiner Meinung nach keine Finanzexperten sitzen und mit diesem Instrument könne man noch eine Zweitmeinung abholen. Er möchte wissen, welche Hebel wo angesetzt werden müssen um die Finanzen längerfristig in den Griff zu bekommen.

Kuno Schmid sagt, dass er lange nichts vom Ausschuss Finanzen gespürt habe. Erst beim Thema KiTa habe er dies bemerkt. Ich habe dies gut gefunden, dass man den Ausschuss Finanzen dort «gespürt» habe.

Urs Paul Affolter sagt, dass sie eine Aussensicht einbringen würden und so könne der Ausschuss auch objektive und kritische Sachen einbringen. Die Informationen müssen über Cornelia Begert und Daniela Tillessen in den Gemeinderat fließen.

Rezia Schmid meint, dass sie viele Themen im Ressort habe. Was an der Gemeindeversammlung abgegangen sei, sei ihrer Meinung nach unter jedem Verständnis und dies könne sie auch nicht akzeptieren. Sie fühle sich auch nicht unterstützt von der Gemeinde-/Finanzverwaltung. Sie könne so nicht arbeiten. Sie müsse sich immer für alles rechtfertigen und es werde alles hinterfragt. Es werde Jahre zurückgeschaut. Sie wolle verhindern, dass dasselbe passiere wie in der Werk- und Umweltkommission. Damit meint sie, dass wenn Meinrad Engesser aufhöre, dass danach das Wissen nicht verloren gehe. Sie sei keine Finanzfachfrau und sie sehe ihre Aufgabe indem sie einen Lösungsansatz finde. Ihr Wunsch sei es, dass der Ausschuss Finanzen, dem Gemeinderat erklärt, wie man es an der Gemeindeversammlung aufbereiten und präsentieren könne, damit es von den Stimmberechtigten verstanden wird. Es sei nicht ihre Aufgabe Unterlagen von vor 10 Jahren auszugraben und nachzusehen, wann welche Position gesprochen worden ist. Sie sei für diese Aufgabe nicht die Richtige und benötige hierzu Unterstützung.

Urs Paul Affolter meint, dass man sich gegenseitig Respekt entgegenbringen müsse. Dies muss man vielleicht auch der Bevölkerung mitteilen. Man darf aber nichts persönlich nehmen. Vielleicht muss man reflektieren, weshalb die Gemeindeversammlung so abgelaufen ist. Der Budgetprozess hat uns alle nicht befriedigt.

Daniela Tillessen sieht verschiedene Facetten. Einerseits müsse man im Budgetprozess schauen, ob es plausibel und vernünftig ist. Was Rezia Schmid angesprochen hat, ist die Herleitung und Argumentation, wie sich etwas aus der Vergangenheit erklären lässt und auch in die Zukunft, was wichtige Fragestellungen sind. Sie fragt sich, wo die Hebel und Entwicklungen sind. Es wäre auch gut, wenn diesbezügliche Informationen dem Gemeinderat unterbreitet werden würden. Dies könnten Entwicklungen von aussen oder auch intern sein. Die Gemeinderäte seien nicht «Finanzler» und können diese Informationen nur eingeschränkt aufbereiten. Sie wüsste sich, dass mit entsprechenden Instrumenten, Stabilität eine bessere Planungssicherheit erreicht wird.

Urs Paul Affolter teilt mit, dass es zwar wünschenswert wäre Planungssicherheit zu erlangen, aber man könne nicht in die Zukunft sehen in der aktuellen Zeit. Er ist der Meinung, dass man Instrumente benötigt aus der Historie, ruhig werde es aber nicht mehr aufgrund der aktuellen Weltlage.

Daniela Tillessen präzisiert, dass sie damit meinte, dass man parat sein müsse.

Urs Paul Affolter sagt, dass man heute ohne die nötigen Informationen und Agilität sehr schnell an die «Wand» fahre. Es laufe sehr viel, aber man müsse alles einordnen. Jammern bringe nichts, man müsse einfach die Situation akzeptieren und sollte nur das Notwendigste machen. Das Wunschdenken muss weg. Es sind herausfordernde Zeiten, aber auch spannende Zeiten und es gehe in den nächsten Jahren weiter.

Jürg Froelicher teilt mit, dass dieselben Stimmberechtigten für die Kita gestimmt haben, welche aber gleichzeitig die Steuererhöhung abgelehnt haben. Gewisse Vergleiche mit anderen Gemeinden von Urs Affolter anlässlich der letzten Gemeindeversammlung zum Budget 2024 waren wohl nicht falsch, aber suggerierten bei den Anwesenden ein falsches Bild. So genügt es beispielsweise nicht den Steuerfuss mit dem budgetierten Ertrags-/ oder Aufwandüberschuss unter Gemeinden zu vergleichen, ohne auch die Steuerkraft resp. den Steuerkraftindex zu erwähnen resp. zu berücksichtigen.

Klaus Pfeiffer meint, dass man die Erwartungshaltung vorgängig absprechen muss. Er empfiehlt sich vorgängig absprechen, wer in welchen Situationen wie reagieren wird. Es ist schade, dass man zu wenig vorbereitet gewesen sei auf die Frage von Urs Affolter. Er habe dieselbe Frage vor einem Jahr gestellt. Dies habe man nicht bedacht.

Urs Paul Affolter teilt mit, dass es schade ist, dass beim Kita-Geschäft nicht bereits darauf aufmerksam gemacht wurde, dass dieses Geschäft viel kostet und in der Folge die Steuern erhöht werden müssen. Hätte man diese Aussage beim Kita-Geschäft integriert, wäre der Verlauf eventuell ein anderer gewesen.

Jürg Froelicher ist davon überzeugt, dass man die Stimmbürger besser antizipieren muss.

Rezia Schmid meint, dass von Behördenmitgliedern verlangt werden darf, dass man vorgängig bereits etwas hätte erwähnen können und nicht erst an der Gemeindeversammlung.

Urs Paul Affolter sagt, dass man hart etwas sagen dürfe, aber es dürfe nicht persönlich werden, d. h. nicht gegen eine Person gehen. Die Gemeindepräsidentin muss in solchen Fällen unbedingt ein Time-Out vornehmen und in diesem Moment an die Stimmberechtigten appellieren, dass man einander mit Respekt begegnen solle. Dies würde auch Wirkung erzeugen, ist er überzeugt.

Nico Fröhli bestätigt die Aussage. Er ist der Meinung, dass eine Kultur an der Gemeindeversammlung eingebracht werden muss.

Urs Paul Affolter meint, dass positive und konstruktive Kritik erzielt werden muss. Man wolle gemeinsam etwas Gutes erreichen und hierfür muss man sich auch engagieren, aber dies müsse positiv sein. Er ist der Meinung, dass diese Position so in das Budget hätte aufgenommen werden sollen, dass diese nicht als separat genehmigt hätte werden müssen. Wird sich im Laufe des Jahres zeigen, dass das Budget nicht ausreichend sei, müsse ein Nachtragskredit gestellt werden.

Cornelia Begert sagt, dass es nicht gestattet ist, dass man nur einen Teil der Kosten einrechnet, wenn klar ist, dass es mehr kosten werde. Die «Salamitaktik» sei nicht gestattet gemäss HRM2-Handbuch.

Daniela Tillessen bestätigt die Aussage von Cornelia Begert. Meint aber, dass man vielleicht hätte sagen können, dass man nur eine Überbrückung für ein halbes Jahr hätte einplanen können. Dadurch hätte man einen limitierten Zeitraum gehabt. Man habe Stabilität ins Ganze bringen wollen.

Klaus Pfeiffer meint, dass man im Oktober die Einschätzung in der Finanzbuchhaltung noch nicht hätte machen können aufgrund der Migration. Es wäre wichtig, immer zu sehen, wo man in der Vorjahresrechnung stehe, diesen Überblick hatte man leider nicht. Er meint, dass man das Argument des stabilen Umfeldes mit demselben Ansprechpartner gerne beibehalten würde und die Kosten durch die Menge getrieben werden. Das Bauvolumen, welches erwartet wird, würde so und so viel kosten. Somit hätte man vermutlich auch aus Kantonssicht nichts falsch gemacht und wenn man damit hätte vermeiden können, was passiert ist, wäre

dies gut gewesen.

Urs Paul Affolter meint, dass niemand sagen kann was es kosten wird, weshalb er die Aussage von Cornelia Begert nicht akzeptieren könne. Niemand kann beurteilen, wieviel das Bauwesen kosten werde. Die Gemeindeverwalterin sagte immer wieder, dass sie die Entwicklung nicht voraussagen kann. Aber in Position der Bauverwaltung will man jetzt wissen, wie hoch diese ausfallen würden. Das nehme er nicht ab, dass man das nicht kann. Die Stabilität und Prognosen die zutreffen werden, muss man in der aktuellen weltlichen Lage vergessen.

Rezia Schmid meint, dass man aufgrund der Aussage von Urs Paul Affolter künftig alle vier Monate eine Gemeindeversammlung machen muss. Man muss dadurch auch mehr Ausschüsse bilden, um die Arbeiten erledigen zu können, denn auch Gemeindeversammlungsvorbereitungen seien sehr aufwendig. Der Gemeindeversammlung muss man mitteilen, dass man auch zwischendurch etwas liegenlassen muss. Man kann nicht erwarten, dass die Gemeinderäte so viel Fronarbeit leisten würden.

Urs Paul Affolter fragt sich, ob vielleicht eine Informationsveranstaltung ausreichen würde anstelle einer zusätzlichen Gemeindeversammlung.

Daniela Tillessen teilt mit, dass der Gemeinderat entschieden habe, den Newsletter noch mehr erscheinen zu lassen.

Jürg Froelicher meint, dass ein Newsletter nicht ausreiche. Dies sei sicherlich ein gutes Instrument, aber nicht genügend. Die Informationsveranstaltungen seien seiner Meinung nach der bessere Weg. Die Einwohnenden würden sich eher an einer Informationsveranstaltung getrauen eine Frage zu stellen, was sie an einer Gemeindeversammlung nicht tun würden. Im Fall der Gänselochquelle habe es bestens funktioniert mit der Informationsveranstaltung.

Urs Paul Affolter teilt mit, dass die Gemeindeverwaltung vermutlich bald die aktuellen Daten zur Verfügung stellen könne.

Cornelia Begert informiert erneut, dass die aktuellen Daten jeden Mittwoch auf der Behördenlösung aufgeschaltet sind und die Gemeindeverwaltung tagfertig eingebucht hat. Dies war bereits im alten System der Fall, damals waren die Unterlagen noch im SharePoint abgelegt. Zudem sind aktuell beide Jahre 2023 + 2024 auf der Behördenlösung aufgeschaltet, damit die Budgetüberprüfung durch die Ressortverantwortlichen laufend gemacht werden könne.

Jürg Froelicher präsentiert über die folgenden Folien:



Erkenntnisse aus der Historie

- 1) Steuerfuss um 130 % ist seit über 30 Jahren die Regel.
- 2) Bis ca. 2015 hatte die EGL stets Nettoschulden (bis Fr. 2'500 p.E.).
- 3) Das Netto-Vermögen ab ca. 2015 ergab sich nur dank Beiträgen aus dem Finanzausgleich.
- 4) Der Aufwand p.E. liegt zu vergleichbaren Gemeinden in der Region Solothurn im unteren Bereich.

Erkenntnisse aus der Historie



- 5) In der Periode 2017-24 ist der Gesamtaufwand um 21 % gestiegen. Die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziale Wohlfahrt nahmen um 34 % zu, beim „Rest“ war bei der EGL keine Zunahme zu verzeichnen.
- 6) Seit rund 20 Jahren machen die kaum beeinflussbaren Kosten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziale Wohlfahrt bei den Gemeinden zwei Drittel des Gesamtaufwandes aus.

Firmenpräsentation

4

Folgerungen aus der Historie



- Das finanzielle Umfeld war für die EGL schon immer schwierig.
- Die Steuerung kann nur auf der Ausgabenseite erfolgen. Deshalb müssen sämtliche beeinflussbaren Ausgaben konsequent geprüft, hinterfragt und minimiert werden. Oft beliebt nur der Verzicht.
- Die entsprechenden Fakten und Konsequenzen sind der Bevölkerung offen und transparent zu kommunizieren.

Firmenpräsentation

6

Erkenntnisse aus der Historie



- 7) Die Altersstruktur 2023 der Lommiswiler Bevölkerung weist im Vergleich zum Kanton eine Untervertretung der 19-64-jährigen auf.
- 8) Aufgrund der Grösse, Bevölkerungsstruktur etc. erhält die EGL beim Finanzausgleich nur den Ressourcenausgleich, aber keinen Lastenausgleich.

Firmenpräsentation

5

Urs Paul Affolter teilt mit, dass der Ausschuss Finanzen der Meinung sei, dass man ein minimales Budget auflegen sollte. Man soll auf alles nicht Zwingende unbedingt verzichten.

Daniela Tillessen stellt die Frage in den Raum, ob das Budget nicht auch über ein Standortmarketing positiv beeinflusst werden könnte, anstatt nur die Ausgaben zu minimieren. Dies aufgrund des hohen Leerwohnungsbestandes in unserer Gemeinde.

Klaus Pfeiffer teilt mit, dass im Zusammenhang mit dem Leerwohnungsbestand der Zustand der freien Objekte und die Begründung für den Leerbestand zu prüfen ist. Die Wohnungen müssen von den Eigentümern auch zur Vermietung und Verkauf angeboten werden wollen. Bei Erstvermietungen bzw. Verkäufen entscheidet zudem der Markt ob und wann diese «gefüllt» werden können. Dabei spielt auch die Frage der Bauqualität eine Rolle. Er würde nicht zu viel Aufwand betreiben, da nicht beeinflussbar wäre, ob vermietet bzw. verkauft wird und wer dort schlussendlich wohnen würde. Es wäre daher nicht sicher, dass es mehr Steuereinnahmen geben würde.

Urs Paul Affolter spricht den Budgetprozess 2024 an. Der Budgettag im Juni 2023 war seiner Meinung nach suboptimal, da ein Kommen und Gehen vorhanden war und die Daten noch zu wenig bekannt waren. Es sei ihm klar, dass die Migration der Grund für den frühen Termin war. Aber auch im November 2023 musste der Ausschuss Finanzen feststellen, dass die Ressortverantwortlichen nicht in den Details gingen. Die Ressortverantwortlichen müssen unbedingt die wöchentlich zur Verfügung gestellten Unterlagen anschauen und so die Übersicht behalten über ihre Ausgaben. Die Genauigkeit ist erst nach dem Jahresabschluss klar.

Rezia Schmid teilt mit, dass sie wisse wo die Unterlagen vorhanden sind, aber sie habe keine Schulung gehabt. Es sei kein Geld für eine Schulung des Systems vorhanden. Sie könne dies nicht alleine.

Urs Paul Affolter empfiehlt, dass ein Abend hierfür eingesetzt wird um die neue Behördenlösung zu schulen.

Kuno Schmid bittet darum, dass die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, es aber sehr Vieles und z.T. bevorzuge er Ausdrucke.

Daniela Tillessen bestätigt, dass die Tools vorhanden sind, aber noch keine Schulung stattfinden können.

Urs Paul Affolter sagt, die Verwaltung muss das Tool vielleicht nochmals im Detail erklären. Aber jeder Ressortverantwortliche muss seinen Laptop dabei haben, ansonsten bringe es nichts. Cornelia Begert kann coachen ansonsten funktioniere es nicht.

Nico Fröhli bestätigt, dass alles online gestellt ist.

Jürg Froelicher meint, dass anstelle des Budgetworkshops eine Schulung bezüglich der Behördenlösung durchgeführt werden soll.

Daniela Tillessen bestätigt, dass man anschauen müsse, wie man das System den Ressortverantwortlichen erklären kann.

Urs Paul Affolter teilt mit, dass nicht alle Behördenmitglieder gleichviele Inputs benötigen. Die Inputs von ihm sind: «arbeitet mit den Zahlen und macht euch Gedanken, wie ihr mit den Kosten umgehen könnt». Er ist der Meinung, dass Cornelia Begert den Terminplan vorgeben muss, dies jedoch möglichst lange hinauszögern soll, damit es für sie zeitlich noch aufgeht. Sie müsse entscheiden, was geht und wann etwas zu spät kommt. Mut zur Lücke.

Cornelia Begert teilt mit, dass der Plan stehe und sie bittet darum, dass dieser diesmal eingehalten wird und keine Verlängerungen mehr gewährt würden.

Nico Fröhli bestätigt, dass man den Mut haben muss die verspäteten Inputs nicht mehr aufzunehmen. Er teilt aber mit, dass wenn sie den Mut zur Lücke hätten, müssten sie einfach auch etwas kreativ sein können, wenn das Geld nicht ausreiche und sie eine Lösung benötigen würden. Dies sei keine Kritik, Cornelia Begert ist sehr exakt, aber bei einem Wechsel des Systems wäre dies sehr wichtig.

Jürg Froelicher betont, dass es wichtig ist, dass der Gemeinderat sich einig ist, was man will. Er meint «Will man den Mut haben, um einfach «durchstrahlen» oder will man das jetzige System beibehalten». Die Frage sei: Wo will man hin? Was will man erreichen?

Nico Fröhli meint, dass Cornelia Begert ein Minimalbudget anhand der IST-Zahlen erstellen müsste, bevor der Gemeinderat eines erstellt.

Cornelia Begert informiert, dass dies im letzten August gemacht worden ist, aber von den

Gemeinderäten nicht berücksichtigt wurde.

Urs Paul Affolter meint, dass nicht nur Cornelia Begert die IST-Werte liefern muss vom 2023 und 2024, sondern die einzelnen Ressortverantwortlichen müssten hier in die Pflicht genommen werden. Wenn die Zahlen bereitstehen, sollten diese auch interpretiert beurteilt und diskutiert werden.

Daniela Tillessen meint, dass es Ressorts wie z.B. das Soziale gibt, welche fixe Ausgaben haben. Die anderen Ressorts haben den Auftrag die Kosten zu challengen und zu hinterfragen. Ich weiss z. B., dass dies bei der Werk- und Umweltkommission erfolgen wird. Sie ist der Meinung, dass nicht alles gleichzeitig erfolgen könne und man den Behördenmitglieder Zeit geben müsse.

Nico Fröhli betont, dass z. B. bei Werk- und Umweltkommission extrem viel Reserve eingerechnet worden sei, welche keinen Verwendungszweck hatten.

Urs Paul Affolter informiert, dass jeder Gemeinderat den Anderen fair aber hart bezüglich der Ausgaben challengen müsse.

Andi Arni meint, dass die Sparmassnahmen an einer Sitzung, an welcher er teilgenommen habe, geprüft worden seien.

Nico Fröhli sagt, dass das Notwendigste eingerechnet werden muss.

Urs Paul Affolter macht folgende Aussage: «Machen ist wie können nur krasser».

Nico Fröhli teilt mit, dass er zwei Denkarbeiten habe. Das Eine sei die an der Gemeindeversammlung angesprochenen «Fusionsgedanken» und das andere sei, dass man eine Gemeindeinitiative machen könnte, welche verlangt, dass der Finanzausgleich ausgebaut werden müsste. Er bittet die Gemeinderäte sich hierrüber Gedanken zu machen.

Urs Paul Affolter stellt die Frage, ob es neben der Lösung «Fusion» noch weitere Varianten geben würde. Er empfiehlt hierzu ein Brainstorming.

Jürg Froelicher ist der Meinung, dass eine Umfrage bei der Bevölkerung diesbezüglich vielleicht lohnenswert wäre. Die Verwaltungslöhne könnten im Falle einer Fusion aber nicht eingespart werden.

Rezia Schmid meint, dass man vielleicht Synergien nutzen könnte. Vielleicht wäre das Ziel eine Fusion, aber dies kann man aktuell nicht beurteilen.

Jürg Froelicher glaubt, dass aktuell vielleicht im Bau und bei der Feuerwehr zusammengearbeitet werden könnte.

Rezia Schmid sagt, dass die Bevölkerung wissen müsse, dass alles Geld kostet und die Bevölkerung muss ihrer Meinung nach künftig alle drei vier Monate entscheiden und dies mittels einer Gemeindeversammlung. Mit CHF 500'000.00 Aufwandüberschuss könne man nicht mehr lange durchhalten.

Urs Paul Affolter ist überzeugt, dass man mit CHF 500'000.00 lange «haushalten» könne. Es kommt darauf an, wie man dieses angehe.

Jürg Froelicher meint, dass man der Bevölkerung die Unterschiede zu Feldbrunnen und Oberdorf aufzeigen müsse.

Urs Paul Affolter meint, dass es früher hiess, dass es die Mitarbeitenden etc. nichts angehe. Heutzutage muss ein Arbeitgeber attraktiv werden, sonst verliert er die Mitarbeitenden. Er ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat unbedingt öffnen müsse.

Jürg Froelicher versteht nicht, weshalb so viele Themen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten werden. Er bittet darum, dass zumindest vermerkt werde, um was es sich handle.

Urs Paul Affolter meint, dass alle lernen müssen, miteinander fair umzugehen.

Nico Fröhli sagt, dass die KiTa unter Ausschluss stattgefunden habe, da ansonsten die Mitarbeitenden eventuell eine andere Anstellung gesucht hätten und sie dieses Risiko nicht eingehen wollten.

Urs Paul Affolter ist davon überzeugt, dass wenn die Gemeinderäte mitgeteilt hätten, dass sie nach einer Lösung suchen werden, um die Kita zu erhalten, hätte das Thema öffentlich behandelt werden können. Er meint, dass es auf die Art wie etwas vorgetragen wird ankomme.

Daniela Tillessen meint, dass man vielleicht künftig besser abwägen müsse, was die verschiedenen Ansichten sind. Sie bedankt sich für den Austausch, welcher sehr interessant gewesen ist.

Protokollauszug geht an
Ausschuss Finanzen

- 012.0.020 Protokolle
- 2 Protokollgenehmigung**
Protokollgenehmigung letzte Sitzung

Das Protokoll der 2. Sitzung vom Donnerstag, 1. Februar 2024 wird mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

- 790.0.010 Ortsplanung
- 3 unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 790.0.010 Ortsplanung
- 4 Ortsplanungsrevision / OPR**
Nachtragskredit OPR

Vorhandene Unterlagen

- BSB- Kostschätzung bis zur öffentlichen Auflage/ Mail vom 1.2.24
- Kreditzusammenstellung OPR gem. RPK-Präsidenten und Mailverlauf mit RPK-Präsidenten

Ausgangslage

Die finanzielle Entwicklung OPR zeigt sich wie folgt:

- Das OPR-Projekt wurde Ende 2018 gestartet mit einem GV-Kredit über CHF 150'000.00.
- Nachtragskredite erfolgten im 2019 für die Zentrumsplanung (CHF 22'000.00), im 2020 für das Naturinventar (CHF 13'300.00).
- Das Projekt musste aufgrund der Corona-Situation unterbrochen werden (Arbeitssitzungen waren nur eingeschränkt möglich).
- Wiederaufnahme Vorhaben mit neuer Legislatur ab Herbst 2021 (teilweise Mehraufwand aufgrund der neuen Zusammensetzung resp. des «Wiederauffrischens» der Themen)
- Verschiedene ungeplante Entwicklungen ins OPR-Projekt integriert, wie z. B. diverse Planungszonen, Entwicklungen rund um die Mobilfunkstandorte und das ref. Kirchgemeindehaus, welches ebenfalls OPR-Auswirkungen resp. OPR-Rahmenbedingungen aufwies.
- Im 2023 wurde ein notwendiger Nachtragskredit im Gemeinderat über CHF 35'000.00 gesprochen.
- An Budget-Gemeindeversammlung Dezember 2023 unter Mitteilungen informiert der OPR-Präsident Meinrad Engesser zu OPR-Massnahmen und -Kostenfolgen für Abschlussarbeiten. Die dazu nötigen CHF 49'000.00 für OPR-Abschlussarbeiten sind im Budget 2024 aufgenommen, jedoch in der relevanten Verpflichtungskreditliste nur tieferer Betrag über CHF 30'000.00 erfasst (Erkenntnis dazu erst anfangs 2024, dass dieser Fehler erfolgt ist).
- Projektkredit OPR per Ende 2023 liegt bei CHF 250'300.00, Projektausgaben per Ende

2023 sind bei CHF

Kritische Stimmen zur Finanzsituation OPR (siehe Mails, Dokumente in der Anlage):

- Nach der Budget-Präsentation an der Gemeindeversammlung im Dezember 2023 gibt Urs Affolter (als Einwohner) einen Input bzgl. der bisherigen Kostenentwicklungen und erkundigt sich nach Begründungen für die Mehrkosten. Diese werden teilweise direkt an der Gemeindeversammlung beantwortet.
- Ende 2023 resp. anfangs 2024 kommuniziert Urs Affolter in seiner Funktion als RPK-Präsident seine Zusammenstellung der OPR-Kosten (siehe Anlage). Er weist weiter darauf hin, dass der Gemeinderat aufgrund dieser praktisch keine Kreditkompetenz mehr habe. Auch, seien vom Gesamtkreditbetrag folgende Positionen «wegzurechnen resp. zu reservieren»: Kreditpositionen für Sitzungsgelder (CHF 25'000.00), Einsprache-Verfahren (CHF 12'000.00), Bewilligungsgebühren (CHF 8'000.00). In der Vergangenheit seien Nachtragskredite erst im Nachhinein beantragt wurden resp. nicht beantragt worden und dass auch die Gemeinderats-Nachtragskredite für die Zentrumsplanung und für das Naturinventar nicht ausreichten. Er stellt auch die Frage, wer für alle diese Mehraufwendungen verantwortlich wäre und wer Aufträge erteilt hat, ohne dass der Gemeinderat im Rahmen seiner Kreditkompetenzen im Voraus entsprechende Nachtragskredite bewilligt hat.
- Ebenfalls führt Urs Affolter aus, dass gemäss dem Handbuchordner HRM2 aufgrund der wesentlich höheren Kosten das gesamte Projekt nochmals der Gemeindeversammlung vorgelegt werden müsse, dass der Gemeinderat in dieser Sache keine weiteren Nachtragskredite bewilligen dürfe und bis zum Gemeindeversammlungs-Entscheid keine weiteren Kosten ausgelöst werden dürfen. Er empfiehlt eine Aussprache mit dem AGEM.

Die Fragestellungen sind vielfältig, Einschätzungen dazu:

- Nachtragskredite rechtzeitig gestellt:
 - die OPR-Kreditkompetenz wurde jeweils hinsichtlich des gesamten ausgewiesenen Kreditbetrages beurteilt. Es erfolgte keine Teil-Projektanrechnung in die verschiedenen OPR-Bereiche und es wurden keine Kreditreserven angelegt für z. B. Einspracheverfahren oder Bewilligungsgebühren. So wurden im Jahr 2020 resp. 2021 auch keine Nachtragskredite für die Themen Zentrumsarbeiten resp. Naturinventar gestellt.
 - Dass Aufwände wie z. B. Sitzungsgelder seit Projektstart Ende 2018 über die Erfolgsrechnung anstelle über das Projekt abgerechnet wurden, das wurde ebenfalls erst mit Mail von Urs Affolter vom 30. Dezember 2023 erkannt resp. festgehalten. D.h. dieser Kreditbetrag blieb im Projektbudget bestehen, was auch in den Rechnungsabschlüssen 2019-2022 so ersichtlich ist.

Fazit: Die initiale Beschlussfassung an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2018 erfolgte global aufgrund einer Kostenprognose. Es wurden darauf keine spezifischen Objektkredite resp. kein Aufsplitten in Teilbeträge/-bereiche definiert. Die Ausgaben blieben innerhalb der Gesamtfinanzkompetenz, diese wurde daher nicht überschritten.

- Offene Frage bzgl. Sitzungsgelder:
 - Die Sitzungsgelder OPR wurden seit Projektstart im 2018 jeweils über die Erfolgsrechnung abgerechnet und nicht dem Projektkredit belastet.

Fazit: eine solche Korrektur des OPR-Kredites im Umfang von CHF 25'000.00 müsste möglicherweise noch erfolgen über einen Nachtragskredit.

- Verfall des Verpflichtungskredites und Kreditkompetenz Gemeinderats für Nachtragskredite
 - Urs Affolter verweist auf den HRM2-Handbuchordner mit Art. 11.9.5 Verfall des Verpflichtungskredites: ...hat ein früher beschlossener Verpflichtungskredit wesentliche Änderungen in Bezug auf das Projekt oder die Kosten erfahren, so muss dieser erneut dem finanzkompetenten Organ vorgelegt werden. Er ist der Meinung, dass der

Gemeindeversammlung (GV) infolge der wesentlich höheren Kosten das gesamte Projekt nochmals vorgelegt werden müsse und dass der Gemeinderat in dieser Sache keine weiteren Nachtragskredite mehr bewilligen und bis zum Gemeindeversammlungs-Entscheid keine weiteren Kosten ausgelöst werden dürfen. Er schlägt vor, dass bzgl. der heiklen rechtlichen Fragen, die im Raum stehen und sich noch ergeben könnten, eine Klärung beim AGEM erfolgen solle (Urs Affolter als RPK-Präsident, Gemeindepräsidentin und Gemeindeverwalterin)

Fazit: Die restliche Finanzkompetenz ab 1. Januar 2024 (bei Abrechnung der CHF 25'000.00 für Sitzungsgelder) liegt bei CHF 8'134.75. Die seit Anfang 2024 aufgelaufenen Kosten betragen CHF (siehe Aufstellung BSP). Das ergibt eine Restkompetenz über CHF

Bzgl. der OPR-Kostenentwicklungen scheint wichtig zu erwähnen, dass alle bisherigen Aufwendungen in direktem Zusammenhang mit der OPR stehen. Viele Kostenfolgen/-entwicklungen (z. B. im Zusammenhang mit Planungszonen, Mobilfunkanlage, ref. KGH) konnten nicht bei Projektstart vorhergesehen werden. Über das Projekt wurde regelmässig berichtet, zuletzt an der Gemeindeversammlung im Dezember 2023. Evt. hätten für diese Zusatzthemen, separate Nachtragskredite gesprochen werden müssen, aber das lässt sich im Nachhinein nicht mehr anpassen. Auch ist die Finanzkompetenz des Gemeinderates für das Jahr 2023 ausgeschöpft.

Die OPR wird demnächst abgeschlossen werden. Eine weitere Gemeindeversammlungsvorlage kann nur das Ergebnis haben einer Kreditbestätigung, weil das Projekt kurz vor Abschluss ist. D.h. es würde quasi eine «Proforma-Entscheidung» sein. Ob für ein solches Geschäft eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen werden soll, das müsste beurteilt werden.

Erwägungen

Mit dem Gemeinderats-Entscheid bzgl. Auflagezeitpunkt der OPR ergeben sich finanzielle Folgen. Diese hat der Gemeinderat zu beschliessen. Ebenso ist zu beschliessen, wie die Kostenfolgen nach der Auflage zu genehmigen sind.

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt,

1. den dringenden ungebundenen, einmaligen Nachtragskredit von CHF 10'000.00 für die OPR / Umsetzung öffentliche Auflage zu genehmigen, damit die öffentliche Auflage schnellstmöglich erfolgen kann (unter der Annahme, dass wir überhaupt einen Kredit sprechen müssen).
2. Wie der weitere Kreditbedarf nach der öffentlichen Auflage gesprochen werden soll, darüber entscheidet der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Daniela Tillessen teilt mit, dass in diesem Thema im Moment Unklarheit bestehe. Es bestehen aktuell zwei Aspekte. Das eine ist das dringende Geschäft und das andere die unklare Finanzkompetenz. Der dringende Nachtragskredit benötigt es aufgrund des vorherigen Beschlusses.

Ergänzende Anmerkungen nach Austausch mit AGEM vom 21. Februar 2024 mit dem RPK-Präsidenten und der Gemeindepräsidentin:

- im initialen Kredit vom Dezember 2018 über 150K sind Sitzungsgelder enthalten, die jedoch später über die Erfolgsrechnung abgerechnet wurden. Eigentlich hätte der Verpflichtungskredit diese 25K Sitzungsgelder nicht oder gesondert ausweisen müssen. Daher wäre es aus Sicht Einwohner nachvollziehbar, wenn der Verpflichtungskredit nun um 25K reduziert würde. Wie der Verpflichtungskredit finanztechnisch zu bereinigen wäre, ist noch zu klären. Damit verbliebe eine Restkreditkompetenz für den Gemeinderat per 1.

- Januar 2024 über CHF 8'134.75. Aufwände im 2024 bisher rund CHF 3'000.00, also aktuell ca. CHF 5'000.00.
- ein Nachtragskredit wäre jedoch nicht unbedingt als "dringlich" zu sprechen, da die Finanzkompetenz des Gemeinderates grundsätzlich vorhanden sein sollte. Begründung dazu: der § 11.9.5 bzgl. Verfall des Verpflichtungskredites, auf den Urs Affolter verweist, wird vom AGEM differenziert interpretiert. Diese Regelung sei wahrscheinlich zu überarbeiten, da die Mechanismen bzgl. Kosten in den Regelungen zu den Nachtragskrediten bereits abgehandelt wären. Eventuell würde der Kostenbezug in § 11.9.5 bei einer Überarbeitung gänzlich wegfallen oder den Kostenspielraum stark erhöhen (z. B. +100%). Die aktuelle Regelung bzgl. Kosten sei daher wenig aussagekräftig. Im Einzelfall hat der Gemeinderat entsprechend zu argumentieren.

Rezia Schmid sagt, dass sie viel berechnet habe und sie diesen Nachtragskredit benötige. Hier sei ein riesiger Aufwand dahinter. Dieser Kredit sei ein Muss, ansonsten müsse man die OPR an dieser Stelle abbuchen. Im 2018 sei mit der OPR gestartet worden und die aktuellen Einwände seien ihres Erachtens lediglich eine Behinderung.

Cornelia Begert fragt, nach weshalb sie nicht an diesen Termin beim AGEM eingeladen wurde. Sie hatte um diesen Austausch gemeinsam mit der RPK gebeten und jetzt sei sie etwas irritiert, dass ein solches Gespräch ohne sie stattgefunden habe, obwohl Daniela Tillessen kein Gespräch wollte.

Daniela Tillessen sagt, dass sie Urs Affolter die Rückmeldung gab, dass sie kein Gespräch wünsche. Die RPK habe danach entschlossen, mit dem AGEM in Kontakt zu treten. Das AGEM wollte jedoch nicht eine Behörde gegen die andere beraten und habe sie angefragt, ob sie hierzu bereit sei. Nach einer Bedenkzeit habe sie mehrere Zeitfenster zur Verfügung gestellt. Sie betont, dass der Organisator die RPK ist und sie somit hierzu nicht mehr sagen könne. Cornelia Begert soll die RPK direkt fragen.

Cornelia Begert teilt mit, dass sie bei der RPK nachfragen werde.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den ordentlichen, ungebundenen, einmaligen Nachtragskredit von CHF 10'000.00 (Kto. 7900.5290.00) für die OPR / Umsetzung öffentliche Auflage. Zeitgleich genehmigt der Gemeinderat einstimmig, dass zu einem späteren Zeitpunkt der Gemeinderat entscheiden wird, wie der weitere Kreditbedarf nach der öffentlichen Auflage gesprochen werden soll.

Protokollauszug geht an
OPR-Ausschuss

615.5.040 Strassenbeleuchtung

5

Umrüstung LED Strassenbeleuchtung Nachtragskredit Sanierung LED-Strassenbeleuchtung

Ausgangslage

Für die Umrüstung auf LED-Strassenbeleuchtung wurde im Dezember 2021 ein Verpflichtungskredit über insgesamt CHF 350'000.00 genehmigt. Bis Ende 2023 wurden Kosten über knapp CHF 270'000.00 verbucht. Geplant war eine vollständige Umrüstung bis Ende 2023, was jedoch nicht wie vorgesehen erfolgen konnte. Das LED-Umrüstungsprojekt kann nun erst abgeschlossen werden aufgrund der Erkenntnisse der Evaluation von dringlichen Sicherheitsmassnahmen im OEB-Netz, die im 2024 erfolgen. Die Gesamt-Projektkosten für die LED-Umrüstung werden voraussichtlich jedoch um einiges tiefer liegen als der Verpflichtungskredit. Da das Projekt im 2024 nicht mehr budgetiert war, ist zu gegebener Zeit ein weiterer Nachtragskredit zu sprechen resp. das Geschäft erneut der Gemeindeversammlung vorzulegen.

Für die Rechnung über CHF 1'567.80, die nun im 2024 verbucht werden muss, ist noch ein Nachtragskredit zu sprechen.

Antrag

Der Gemeinderat genehmigt den Nachtragskredit über CHF 1'567.80.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Cornelia Begert teilt mit, dass im HRM2-Handbuch 11.9.6 und 11.11.1: ein Nachtragskredit gesprochen werden muss, wenn die Jahrestranche fehlt, ob es sich jedoch um eine gebundene Ausgabe handelt und diese auch dringlich ist muss der Gemeinderat entscheiden resp. beurteilen.

Daniela Tillessen geht davon aus, dass es sich um einen ungebunden und nicht dringenden Nachtragskredit handeln würde.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den ungebundenen, einmaligen und ordentlichen Nachtragskredit über CHF 1'567.80 (Kto. 6150.5010.02) für die Umrüstung auf LED-Strassenbeleuchtung.

Protokollauszug geht an

Werk- und Umweltkommission, Finanzverwaltung

021.1.020 Stellenplan

6 Weiteres Vorgehen Organisation Bauwesen / Werke

Nachtragskredit Bauwesen

Vorhandene Unterlagen

- Angebot Geopunkt vom 13. Februar 2024

Ausgangslage

Wie bekannt, wurde das externe Mandat / Kreditantrag von der Gemeindeversammlung im Dezember 2023 nicht bewilligt. Wir müssen aber Baugesuche prüfen und bewilligen und unsere Bauverwaltungsarbeiten erledigen können. Wir haben bisher immer ein Bausekretariat mit 40% resp. 50% im Budget gehabt. Wie auch bekannt, kann dies nicht abgedeckt werden mit Total 20% von Gemeindeverwaltung - Bausekretariat/ Bauadministration arbeiten. Meinrad Engesser wird noch Baukommissionspräsident sein bis Ende März danach übernimmt Benjamin Hunziker mit externer Unterstützung durch Geopunkt.

An der Rechnungsgemeindeversammlung im Sommer 2024 werde ich wieder einen Antrag stellen an die Gemeindeversammlung um eine Lösung zu haben betreffend Bauverwaltung / Baugesuchsprüfung und Baukommission.

Ich halte hier fest:

- Externes Mandat Bauverwaltung hat klare Anweisungen erhalten was sein monatliches Budget betrifft, dementsprechend hat er Prioritäten setzen müssen und das waren Baugesuchsprüfungen und die dazugehörigen Arbeiten als Bauverwalter für die Baukommission und Werk- und Umweltkommission.
- Zudem war allen klar, dass vieles liegen bleiben wird, bis wir diese Reorganisation umgesetzt haben und diese auch zum Laufen kommen kann ab 2024.
- Die Gemeindeversammlung hat entschieden, somit sind wir auf Feld 1 zurück was unsere

Problematik Bauwesen / Baukommission / Werk- und Umweltkommission anbelangt und dessen Reorganisation. Durch die aktuelle Situation sind wir ebenfalls blockiert bezüglich offener Arbeiten.

Erwägungen

Als Gemeinderätin Ressort Bauwesen bin ich seit der Gemeindeversammlung am Prüfen, was es alles für Optionen gibt alternativ zu unserem Vorschlag. Wir alle die im Bauwesen, Baukommission und Werk- und Umwelt sowie Werk- und Umweltkommission tätig waren, sind nach wie vor der Meinung, dass dies für unsere Gemeinde die Kostenneutralste und auch hinsichtlich Kostenverursacher die beste Lösung ist. Alternativlösungen sind:

- Zusammenschluss Bauverwaltungen komplett mit anderen Gemeinden,
- 30-40% Bauverwalter als Fixanstellung
- und / oder externe Mandate nur als Bauverwalter 30-40%.

Wir brauchen **unbedingt als Übergangslösung** bis Rechnungsgemeindeversammlung im Sommer 2024:

- zusätzliche 10% für **administrative Arbeiten** in der Bauverwaltung und um die Baugesuche abzulegen und zu ordnen. Das sind stundenmässig pro Monat 16 Stunden - also 2 Tage im Monat vor Ort. Betrag mit CHF 1'280.00 eingesetzt ohne AHV oder MWST. gerechnet – also CHF 5'120.00 für die vier Monate (März - Juni). Ich schlage vor, dass wir temporär jemanden anstellen bis zu Gemeindeversammlung im Sommer. Für die Übergabearbeiten sind zusätzlich eingerechnet Aufwände über CHF 9'338.75 (siehe Angebot Geopunkt).
- **externer Bauverwalter** zur Prüfung der offenen Baugesuche. Zurzeit sind es drei die zu prüfen sind und das wird nicht mehr gemacht durch den Baukommissionspräsidenten, da ab März der neue Baukommissionspräsident übernimmt und dieser braucht einen Bauverwalter der ihn unterstützt. Unterstützung zusätzlich vom bisherigen Baukommissionspräsidenten indem er in den entsprechenden Ausschüssen Bauwesen tätig ist und als Kommissionsmitglied noch bis Ende 2024 zur Verfügung steht.

Da die Zusammenarbeit mit Geopunkt gut geklappt hat und alle sich kennen, wird auch Geopunkt dies wieder übernehmen, aber in Form von gezielten Aufträgen und nicht mehr einfach auf Mandatsbasis. Das bedeutet nach bisherigen Erfahrungen, dass sie ein Minimum an Stunden einsetzen müssen pro Monat von 24 Stunden das sind drei Tage für eine Bauverwaltungsaufgaben - nur für Baugesuche / Baukommission und nochmals einen Tag pro Monat für Einsprachebehandlungen / externe Abklärungen und auch für die WUK-Werkleitungen usw.. Es wird alles natürlich länger dauern da kein Mandat mehr besteht und die Kapazität von unserem Externen Mandat auch nicht mehr für uns bereitsteht.

Betrag für Geopunkt monatlich mit CHF 5'120.00 eingesetzt, ergibt für die vier Monate CHF 20'480.00.

- Das Budget 2024 muss um CHF 2'000.00 erhöht werden Sitzungsgelder Baukommission

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt,

1. Das weitere Vorgehen betreffend Reorganisation Bauwesen / Baukommission / Werk- und Umwelt / Werk- und Umweltkommission einen Nachtragskredit über CHF 34'938.75 (CHF 5'120.00 + CHF 9'338.75 + CHF 20'480.00) zu sprechen.
2. den Nachtragskredit von CHF 2000.00 für die Sitzungsgelder Baukommission zu sprechen.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Nico Fröhli fragt nach, ob die 20%, welche die Verwaltung macht, bewältigt werden können.

Cornelia Begert es komme darauf an, ob die Altlasten anderweitig erledigt werden. Zudem fehle nach wie vor die nachgeführte Excelliste, weshalb es aktuell relativ schwierig sei.

Rezia Schmid betont, dass sie nicht über Altlasten reden wolle.

Cornelia Begert teilt mit, dass dies aber einen Einfluss habe. Alle drei Verwaltungsangestellte würden aktuell Arbeitsabläufe erstellen und den Betrieb aufrechterhalten. Die Altlasten belasten jedoch stark und durch die Einarbeitung, bei welcher Meinrad Engesser eine grosse Hilfe sei, sei die Verwaltung aktuell etwas ausgebremst. Dies sei aber nur der Fall bis alle Abläufe geklärt sind und die Routine eingekehrt sei.

Rezia Schmid teilt mit, dass das Bausekretariat zu einem späteren Zeitpunkt vermutlich erneut extern vergeben werde.

Cornelia Begert informiert, dass in dem Falle umgehend die Arbeiten extern vergeben werden sollen und auch die Adresse des Bausekretariates an der entsprechenden Stelle sein solle. Es mache keinen Sinn, dass die Gemeindeverwaltung nun den gesamten Aufwand betreibe und sobald alles steht und die Mitarbeitenden eingearbeitet sind, vergibt man das Bau-/Werksekretariat extern. Wenn die Adresse an dem Kirchackerweg verbleibe, sei die Verwaltung trotzdem mit grossem zusätzlichem Aufwand belastet. Der Gemeinderat müsse sich nun entscheiden, in welche Richtung es gehen solle.

Daniela Tillessen meint, dass dies aktuell nicht gesagt werden könne, da man in einer Reorganisation sei.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die beiden Punkte des Antrages mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Protokollauszug geht an

Baukommission

700.0.050 Grundeigentümerbeiträge- und gebührenreglement

7

Teilrevision Baureglement

Bildung Arbeitsgruppe Überarbeitung Grundeigentümergebührenreglement

Ausgangslage

Das Grundeigentümergebührenreglement hat in vielerlei Hinsicht Überarbeitungsbedarf. Es sind Regelungen und Tarife anzupassen, welche insbesondere die Bereiche Bauwesen und Werke- & Umwelt betreffen und noch vor dem Herbst 2024 neu geregelt werden müssten.

Damit das Reglement schnellstmöglich überarbeitet, dem GR und der GV vorgelegt werden kann, soll sich eine Arbeitsgruppe diesem Thema annehmen. Als Mitglieder vorgeschlagen werden: Pascal Zimmermann, Jan Wagmann, Rezia Schmid, Meinrad Engesser, evtl. auch Benjamin Hunziker. Die Arbeitsgruppe leiten soll Daniela Tillessen. Zu Fachfragen müssten externe Ressourcen beigezogen werden können mit geschätztem Aufwand über CHF 3'500.00. Honorare für interne Sitzungsgelder / Besprechungen sind im Rahmen von CHF 2'200.00 einzurechnen. Für die Genehmigungsgebühr beim Kanton ist von ca. CHF 4'300.00 auszugehen. Welche Beträge als gebunden/ungebunden gelten, ist noch abschliessend zu klären.

Antrag

Der Gemeinderat genehmigt die Bildung der Arbeitsgruppe mit den vorgeschlagenen Mitglie-

dern und spricht den Nachtragskredit über CHF 10'000.00, wovon CHF ungebunden.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Daniela Tillessen wünscht die Anpassung des Antrages wie folgt: «Der Gemeinderat genehmigt die Bildung der Arbeitsgruppe und der Nachtragskredit wird wie in der Ausgangslage aufgeteilt, zu genehmigen.» D.h. externe Ressourcen im Umfang von CHF 3'500.00, Honorare für interne Sitzungsgelder im Umfang CHF 2'200.00 und die Genehmigungsgebühr beim Kanton über CHF 4'300.00.

Cornelia Begert teilt mit, dass sich Daniela Tillessen und danach auch Rezia Schmid der Stimme enthalten müssen, da sie sich nicht selber wählen können.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die Nachtragskredite gemäss angepasstem Antrag einstimmig (externe Ressourcen im Umfang von CHF 3'500.00, Honorare für interne Sitzungsgelder im Umfang CHF 2'200.00 und die Genehmigungsgebühr beim Kanton über CHF 4'300.00). Der Gemeinderat genehmigt das Präsidium der Arbeitsgruppe mit Daniela Tillessen mit 4-Ja-Stimmen und 1 Enthaltung. Die Übrigen Mitglieder werden mit 4-Ja-Stimmen und 1 Haltung genehmigt.

Protokollauszug geht an

Baukommission

900.0.010 Recht / Steuerreglement

8

Mehrwertsteuer (MWST)

Abklärung der MWST-Pflicht

Vorhandene Unterlagen

- Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer vom 12. Juni 2009 (Stand am 1. Januar 2022)
- Rückmeldung von Eidg. Steuerverwaltung zu MWST-Pflicht-Anfrage
- Mailofferte von PWC zu MWST-Unterstützung
- AGB PWC

Ausgangslage

Aufgrund der grossen geplanten Investitionen hat sich die Verwaltung in Sachen Mehrwertsteuer mit dem Thema «Vorsteuer» befasst. Dabei ist aufgefallen, dass eine allgemeine MWST-pflicht ab CHF 100'000.00 gilt. Der Umsatz bemisst sich anhand der Kostenstelle. Nach Rücksprache mit der RPK, ob ihr etwas bekannt sei, weshalb die Gemeinde Lommiswil nicht MWST-pflichtig ist bei Wasser, Abwasser und Abfall, bekam die Gemeindeverwalterin die Rückmeldung, dass dies durch die ehemaligen Finanzverwalter seinerzeit abgeklärt worden sei. Um die Angelegenheit exakt abzuklären, möchte die Gemeindeverwalterin eine externe Person zuziehen.

Abgeklärt wurde bereits die MWST-Pflicht bezüglich Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu gilt noch zu klären, ob wir in allen Fällen effektiv oder eventuell teilweise pauschal abrechnen. Es wäre auch gut zu klären, ob weitere Teilgebiete freiwillig der MWST unterstellt werden sollten.

Leider werden wir rückwirkend ab 2019 (Verjährungsfrist) die MWST abliefern müssen und auch die Verzugszinsen werden anfallen. Zu vermeiden hoffe ich, dass wir eine Strafe bezahlen müssen, hierzu kann ich jedoch noch keine Aussage machen.

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt, einen einmaligen, ungebundenen und ordentlichen Nachtragskredit für das Aufwandkonto 0220.3132.00 in der Höhe von CHF 5'675.25 für die Klärung der rückwirkenden MWST-pflicht und des Vorsteuerabzuges sowie möglicher erforderlicher Reglements-Anpassungen zu sprechen.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Nico Fröhli hatte grosse Fragezeichen, weshalb die MWST-Pflicht überprüft wurde.

Cornelia Begert erklärt, dass sie sich aufgrund der grossen Investitionen im Bereich Wasser mit dem Thema beschäftigt hätte und zudem dies eine ihrer Aufgaben sei.

Daniela Tillessen teilt mit, dass es sie erstaunt habe, dass die RPK dies nicht bemerkt habe.

Cornelia Begert teilt mit, dass die RPK sagte, dass sie die Rückmeldung von den ehemaligen Finanzverwaltern erhalten hätten, dass die Gemeinde lediglich bei der Energie «8710» pflichtig sei. Dies habe mit dem «hoheitliche Tätigkeit gemäss Art. 12 MWSTG» zu tun. Mehr kann ich hierzu nicht sagen.

Rezia Schmid meint, dass die RPK zeitgleich aufgefordert wird, weshalb dieser Sachverhalt nicht bemerkt wurde.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den einmaligen, ungebundenen und ordentlichen Nachtragskredit über CHF 5'675.25 (Kto. 0220.3132.00). Zeitgleich wird die RPK aufgefordert zu begründen, weshalb diese den Sachverhalt der MWST-Pflicht nicht bemerkt haben.

Protokollauszug geht an

Finanzverwaltung

930.1.040 Nachtragskredite

9

Nachtragskredite 2023

Nachtragskredite der Erfolgsrechnung 2023

Vorhandene Unterlagen

- Erfolgsrechnung mit Abweichungen zum Budget
- Verpflichtungskreditkontrolle

Ausgangslage

Verschiedene Erfolgskonten weisen einen zu hohen Aufwand aus. Es muss pro Überschreitung ein Nachtragskredit gesprochen werden mit einer kleinen Begründung.

Alle bereits abgeschlossenen Verpflichtungskredite müssen noch formell beendet werden, dies wird die Gemeindeverwaltung für die nächste Sitzung vorbereiten.

Einwohnergemeinde Lommiswil 2023 Jahresrechnung - IN ARBEIT.xlsx

A13.1 Kreditüberschreitungen / Nachtragskredite der Erfolgsrechnung											
L.Nr.	Konto	Bezeichnung	Budgetkredit	Jahresrechnung	Überschreitung	Begründung	Nachtragskredit	o/d	e/w	Kompetenz	Datum Genehmigung
166	7790	Umweltschutz, übriger									
	3130.22	Umweltschutz (Veranstaltungen)	1'000.00	1'095.85	95.85	Überschreitung des Budgetbetrages	96.00	o	w	GR	15.06.2023 / GR
	7900	Raumordnung (allgemein)									
167	3050.00	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	0.00	60.20	60.20		60.20	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
168	3053.00	AG-Beiträge an Unfall- und Krankentaggelversicherungen	0.00	0.65	0.65		0.65	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
169	3300.00	Planmässige Abschreibungen	31'960.00	36'770.70	4'810.70		4'810.70	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
170	3632.10	Beitrag an Regionalplanung	7'500.00	7'918.40	418.40	Überschreitung des Budgetbetrages	419.00	o	w	GR	15.06.2023 / GR
	8	VOLKSWIRTSCHAFT									
	8120	Strukturverbesserungen									
171	3010.01	Besoldung nebenamtliches Personal	635.00	669.85	34.85		34.85	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
172	3053.00	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	0.00	0.25	0.25		0.25	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
	8150	Produktionsverbesserungen Warm									
173	3631.06	Beitrag an Tierseuchenbekämpfung	1'500.00	1'319.10	-180.90	Überschreitung des Budgetbetrages	1'002.00	o	w	gebunden	15.06.2023 / GR
	8200	Forschwirtschaft									
174	3631.05	Leistungen Wald	7'900.00	7'960.00	60.00		50.00	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
	8710	Elektrizität									
175	3000.09	Besoldung Werk- und Umweltkommission	9'135.00	13'538.80	4'403.80		4'403.80	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
176	3000.57	Sitzungsgeld Werk- und Umweltkommission	3'553.00	6'674.30	3'121.30		3'121.30	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
177	3000.58	Sitzungsgeld Diverses	0.00	1'872.10	1'872.10	Mehr Sitzungen aufgrund der Reorganisations	1'000.00	o	e	GV	03.04.2023 / GV
178							872.10	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
179	3050.00	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	0.00	1'529.50	1'529.50		1'529.50	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
180	3053.00	AG-Beiträge Unfall- und Krankentaggelversicherungen	0.00	8.15	8.15		8.15	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
181	3130.02	Nachfragen elektronischer Netzplan	3'000.00	5'261.75	2'261.75		2'261.75	o	w	GR	22.02.2024 / GR
182	3132.03	Anlagebuchhaltung	1'000.00	1'295.00	295.00		295.00	o	w	GR	22.02.2024 / GR
183	3143.04	Netzbau	0.00	217.05	217.05		217.05	o	w	GR	22.02.2024 / GR
184	3170.00	Reisekosten und Spesen (Ersatz von Reisekosten, Übernachtung, Verpflegung, etc.)	0.00	500.00	500.00		500.00	o	w	GR	22.02.2024 / GR
185	3930.00	Interne Verrechnung von Betriebs- und Verwaltungskosten	0.00	12'000.00	12'000.00		12'000.00	o	w	GR	22.02.2024 / GR
	9	FINANZEN UND STEUERN									
	9100	Allgemeine Gemeindesteuern									
186	3180.11	Pauschalabfertigungen auf Steuerforderungen (Delkrede)	0.00	4'016.10	4'016.10		4'016.10	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
	9150	Natürliche Personen									
187	3631.10	Pauschale Steuerermessung	0.00	806.80	806.80	Kein Budget gesprochen	15.00	o	w	gebunden	15.06.2023 / GR
	9101	Sondersuuern									
188	3611.05	Beitrag Kanton Hundekontrollzonen	4'100.00	4'600.00	500.00		500.00	o	w	gebunden	22.02.2024 / GR
	9610	Zinsen									
189	3401.00	Zinsen auf kurzfristigen Darlehen	0.00	1'431.95	1'431.95		1'431.95	o	w	GR	22.02.2024 / GR
		Total	4'239'591.00	5'983'787.31	1'744'196.31		1'291'310.17				
		davon gebundene Ausgaben			1'291'310.17						
		davon ungebundene Ausgaben (GR)			364'012.91						
		davon ungebundene Ausgaben (GV)			60'134.63						

Legende: o = orientische Ausgaben
 o = dringliche Ausgaben
 e = einmalige Ausgaben

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt, die bereits bekannten Nachtragskredite der Erfolgsrechnung zu sprechen.

Eintreten

Eintreten wird nach Rückfrage der Gemeindepräsidentin stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Die Gemeinderäte besprechen die Nachtragskredite im Detail. Alle gelben Positionen ohne die folgenden fünf Positionen werden genehmigt:

Nr. 53 entscheidet einstimmig der Gemeinderat mit, dass CHF 37'751.05 vom Bausekretariat auf die Bauverwaltung umgebucht werden soll gem. AGEM-Entscheid.

Nr. 65 wurde nicht genehmigt, die Verantwortung liege bei der Werk- und Umweltkommission.

Nr. 134 wurde nicht genehmigt, die Verantwortung liege bei der Werk- und Umweltkommission.

Nr. 136 wurde nicht genehmigt, die Verantwortung liege bei der Werk- und Umweltkommission.

Nr. 181 wurde nicht genehmigt, die Verantwortung liege bei der Werk- und Umweltkommission.

Cornelia Begert betont, dass die Genehmigung der WUK-Nachtragskredite nur gültig ist, wenn der originalunterschiedene Protokollauszug (unterschieden von ProtokollführerIn und Werk- und Umweltkommissionspräsident) bei der Gemeindeverwalterin abgegeben ist.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die Nachtragskredite mit Ausnahme der Positionen, 53, 65, 134, 136 und 181 mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Protokollauszug geht an
Finanzverwaltung

- 021.1.020 Stellenplan
- 10** **Verwaltungsorganisation / Personelles**
Stelleninserat techn. Dienst und Nachtragskredit

Dieses Traktandum wurde aufgrund der Unvollständigkeit bei der Traktandenlistengenehmigung gestrichen.

- 021.1.020 Stellenplan
021.1.010 Stellebeschreibungen, Pflichtenhefte etc. (je einzelne Stelle)
- 11** **unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 021.1.020 Stellenplan
- 12** **unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 021.1.020 Stellenplan
- 13** **unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 021.1.020 Stellenplan
- 14** **unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
unter Ausschluss der Öffentlichkeit

012.0.010 Gemeinderat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

15 Mitteilungen Gemeinderat
Mitteilungen und Verschiedenes

Fröhli Nico

- teilt mit, dass der Entwurf der Leistungsvereinbarung mit dem Bachtelen nächste Woche den Gemeinderäten zugestellt wird. Er bittet um Rückmeldung, falls etwas nicht in Ordnung wäre oder fragen bestehen.

Schmid Kuno

- sagt aus persönlichen Gründen (privat und geschäftlich), dass die Mütter-/Väterberatung einen Raum benötige und die Gemeinde zuständig sei. Mit Hilfe von Pascal Zimmermann habe er einen Raum in der Dorfhalle gefunden und die Termine vom 2024 seien bereits eingebucht worden.
- informiert, dass im «im Holz» versucht worden sei an drei Stellen einzubrechen und ein Auto hätten sie ebenfalls versucht aufzubrechen. Ob die Einbrüche gelungen sind, ist nicht bekannt. Es geht darum die Aufmerksamkeit in der Bevölkerung zu fördern.

Schmid Rezia

- sagt, dass sie sich auf die Problematik im Bauwesen konzentrieren sowie um die OPR kümmern werde. Sie werde nicht mehr an allen Gemeinderatsitzungen teilnehmen, sondern nur noch wenn es sie brauche.

Tillessen Daniela

- teilt mit, dass sie an einer OZ-Sitzung in Selzach teilgenommen habe. Ein Artikel hätte es irgendwie ebenfalls bereits in die Zeitung geschafft.
- informiert, dass Ueli Custer und sie für den Newsletter zusammengesessen sind, sie werde individuell auf die Gemeinderäte und die Gemeindeverwaltung für Beiträge zugehen.

Für das Protokoll

Tillessen-Müller Daniela
Gemeindepräsidentin

Begert Cornelia
Gemeindeverwalterin